StZ 11.5.2007

Protest gegen den Nebenverdienst der Paulusgemeinde

Bürgerinitiativen haben zu einer Expertenanhörung über Mobilfunkmasten eingeladen – „Antennenwildwuchs“ beklagt

„Die Politik schaut weg, wenn es um den Schutz der Bürger vor Mobilfunkstrahlung geht.“ Das finden zumindest fünf Bürgerinitiativen. Deshalb haben sie zu einer Anhörung ins Rathaus geladen, wo Experten medizinische, rechtliche und technische Fragen beantworteten.

Von Jenni Roth

Peter Hensinger, der Leiter der Bürgerinitiative gegen den Mobilfunkmasten Bismarckstraße 57 im Stuttgarter Westen steht am Mittwoch Abend stolz vor dem Großen Sitzungssaal im Rathaus: „Es ist ein Erfolg, dass wir es bis hierher geschafft haben. Abgesehen von 6000 Protestunterschriften, die er Oberbürgermeister Wolfgang Schuster überreicht hat, kann er bis jetzt aber nicht viele praktische Erfolge gegen die zunehmende Zahl von Mobilfunkmasten verbuchen.

Die Liste der Forderungen ist lang. „Die Kirche schweigt und kassiert zu unseren Lasten“, sagt Hensinger. Gerüchten zufolge bekomme die Paulusgemeinde im Westen für den Masten auf ihrem Kirchendach pro Jahr 10 000 Euro von zwei Netzbetreibern. Rund 650 Mobilfunkstandorte gebe es in Stuttgart schon, zahlreiche Sendeanlagen für UMTS – die dritte Generation von Handys, mit denen man mobil surfen oder fernsehen kann – sollen hinzukommen.

Dabei wollen die fünf Stuttgarter Initiativen nicht das Telefonieren verbieten oder die Masten abschaffen. „Es geht um eine intelligente Standortplanung mit Gutachten neutraler Wissenschaftler“, sagt der technische Sachverständige Dietrich Ruoff. In Stuttgart gebe es weder Kontrollen noch Regeln, die Strahlungsfelder überlagerten sich, weil jeder Netzbetreiber beliebig Masten aufstellen dürfe und nicht einmal vor denkmalgeschützten Gebäuden halt mache.

Die Hanglage verschärfe das Problem. „Wir nennen das Antennenwildwuchs“, erklärt Hensinger. Dass so viele Masten für das ganz normale Telefonieren überflüssig seien, beweise die Lage in anderen Städten. Warum Stuttgart nicht mit weniger auskomme? „Da müssen Sie den OB fragen.“ Die rechtlichen Möglichkeiten für eine bessere Planung seien gegeben, bestätigt Rechtsexperte Klaus Kniep. Er bemängelt, dass niemand um Erlaubnis für einen neuen Masten bitten müsse, wenn der nicht höher als zehn Meter sei. „Da wächst dann über Nacht ein Schornstein auf dem Nachbardach.“ Zum Teil tarnten die Betreiber ihre Masten, vor allem in der Nähe von Kindergärten. Auf Drängen der Initiative habe Schuster Werte an einigen Kindergärten messen lassen. Das Ergebnis: alle Grenzwerte eingehalten. Für Hensinger sind das die Auswüchse eines Schweigekartells. In manchen Stadtteilen seien bis zu 500 000 Mikrowatt pro Quadratmeter gemessen worden. Während der Grenzwert hier bei zehn Millionen läge, seien in Salzburg nur tausend Mikrowatt erlaubt. „Dort macht die Politik sich eben Gedanken“, sagt Ruoff.

„Vor allem an Schulen muss besser informiert werden“, forderte die Biologin Heike-Solweig Bleuel. Auch wenn es bis jetzt keine Beweise für die Schädlichkeit der Strahlen gibt, fordert etwa die Bundesärztekammer, wie auf Zigarettenpackungen auch auf Handyverpackungen auf die Gefahr hinzuweisen.

Immer mehr Menschen klagten über Schlaflosigkeit, depressive Verstimmungen oder Migräne. Aufs Land ziehen müsse man deshalb nicht gleich, bringt Bleuel einen Familienvater von seinen Plänen ab. Aber man könne Abstand nehmen von WLAN und von schnurlosen Telefonen und einfach das Handy öfter abschalten: „Wenn wir weniger telefonieren, gibt es auch weniger Strahlen.“

■ *www.der-mast-muss-weg.de*